

## Kein Recht auf Leben

Hilfe für Kinder aus Gaza: „Angst vor Kriegesopfern“, FR-Politik vom 24. Juli

Aus dem Artikel geht hervor, dass die Bundesregierung die Behandlung verletzter oder schwer kranker Kinder aus Gaza blockiert. Italien hat bisher 100, Frankreich 50, Spanien 29 Kinder, die Schweiz einige wenige und die Vereinigten Arabischen Emirate 1000 Kinder mit Begleitpersonen zur medizinischen Behandlung aufgenommen. Es geht also! All diese Länder haben die Hilfe nicht wegen der Begleitpersonen blockiert. Auch Italiens fremdenfeindliche Regierung hat die Humanität an erste Stelle gesetzt. Die Kölner NGO „Refugees Foundation“ hat 40 Behandlungsplätze mit Kostenübernahme durch die Krankenhäuser organisiert. Daniela Neuendorf, die Vorsitzende der NGO, nennt die Blockade unfassbar zynisch. Wir können uns ihrer Meinung nur anschließen. Deutschland hat seit Anfang 2022 fast 1150 Kriegsverletzte und Schwerkranke aus der Ukraine zur Behandlung aufgenommen, das war unbürokratisch möglich. Haben die Kinder in Gaza kein Recht zu überleben?

Elke Weyel,  
Matthias Plieninger, Hamburg



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zusage auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: [frblog.de/f20240724](http://frblog.de/f20240724)

## Schnell und dreckig

IT-Chaos: „Update-Fehler“, FR-Tagesthema vom 20. Juli

Ein Kommentar zum IT-Supergau: Zu meinen beruflichen Aufgaben gehörte die Betreuung von Praktikanten, die Software-Produkte entwickelten. Schon damals war es durchaus üblich, solche Produkte in der betrieblichen Praxis anzuwenden. Allerdings mit entscheidenden Unterschieden zur Gegenwart. Die Inbetriebnahme eines Software-Produkts kam nur dann in Betracht, wenn es einen Abnahmetest bestanden hatte, der von qualifiziertem Personal durchgeführt worden war. Wenn es sich um ein Update handelte, wurden Vorkehrungen getroffen, die eine schnelle und problemlose Rückkehr zur Vorgängerversion ermöglichten. Wenn zugekaufte Produkte unsere Abnahmetests nicht bestanden hatten, verwendeten wir für sie ein Schlagwort, das gut zu einer heute verbreiteten Methode der Software-Entwicklung passt: schnell und dreckig.

Axel Raue, Bad Homburg

### FR ERLEBEN

**Claus-Jürgen Göpfert** spricht über das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen mit dem sächsischen DGB-Vorsitzenden Markus Schlimbach.  
**Montag, 9. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt**

**Stephan Hebel** moderiert die Präsentation des Buches „Umverteilung des Reichtums“ von Christoph Butterwege. Außer dem Autor diskutieren die hessische Sozialministerin Heike Hofmann, der ehemalige SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans und der Eliteforscher Michael Hartmann.  
Eintritt frei, Livestream: [youtube.com/hausamdom](https://youtube.com/hausamdom).  
**Montag, 23. September, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

## Schädliches Kohlendioxid

Zu: „Kerosin macht dicke Luft“, FR-Wirtschaft vom 28. Juni

Kohlendioxid, das durch Flugzeuge ausgestoßen wird, wirkt sich dreimal so schädlich aus wie am Erdboden emittiertes.

Marcus Hendrichsk, Werl

## Es ist noch nicht zu spät, aber die Zeit drängt

US-Wahl: „Harris will es besser machen“, FR-Politik vom 24. Juli

### Was für eine Chance für den Wahlkampf!

Dass der Verzicht auf die Kandidatur für Biden wie ein Befreiungsschlag wirken wird und er sich vom Wahlkampf deutlich entlastet seinen Amtspflichten widmen kann, habe ich noch von keinem der zahlreichen Experten gehört – alle greifen die prompt von den Reps sofort in den Ring geworfene Rücktrittsdiskussion auf. Dabei ist Biden jetzt in derselben Situation wie jeder US-Präsident, dessen Amtszeit ohne Wiederwahl endgültig endet: Stichtag 20. Januar 12h EST. Was für eine neue Chance für den demokratischen Wahlkampf – Attacke!!

Hinrich Eylers, Eschborn

### Demokratische Verantwortung

Chapeau, Mr. President! So schwer dem gebrechlichen Joe Biden der Rücktritt gefallen ist, so positiv und nutzbringend könnte dieser Schritt für die amerikanische Demokratie sein. Wenn die Demokraten jetzt eine Kandidatin oder einen Kandidaten benennen, die bzw. der überzeugend für alle US-Bürgerinnen und -Bürger notwendige sozialen Reformen, die Bewahrung der Demokratie vor ihren Feinden insbesondere aus dem republikanischen Lager sowie die Verantwortung für die Demokratien auf dieser Welt vermitteln kann, könnte es durchaus sein, dass sie bzw. er das Blatt in den USA wenden könnte. Bidens Schritt zeugt daher von einem hohen demokratischen Verantwortungsbewusstsein, das die Wählerinnen und Wähler bei einer entsprechenden Performance der Demokraten ihre Zustimmung

für die Demokraten an den Wahlurnen zum Ausdruck bringen können. Die Zahl der Unzufriedenen in der amerikanischen Gesellschaft müsste hierbei gezielt angesprochen werden und davon überzeugt werden, dass die demokratische Partei und ihr Personal im Zweifelsfall immer noch mehr die Interessen der Armen und Gebeutelten in den Vereinigten Staaten vertreten werden.

Deshalb hat der linke Senator Bernie Sanders mit seiner Lobrede auf Joe Biden, er habe die USA würdig und ehrenvoll geführt, vollkommen Recht, und es muss natürlich darauf geachtet werden, dass Bernie Sanders Inhalte, nämlich gegen die ungerechten Strukturen im Land vorzugehen, bei den Demokraten in richtigen Händen sind. Inwiefern die Praxis dies bestätigen wird, steht auf einem anderen Blatt, und es ist wichtig, dass die US-Bürgerinnen und -Bürger dies nicht zuletzt wegen des Schutzes der amerikanischen Demokratie erkennen werden. Ein Wahlsieg von Trump käme einer Katastrophe gleich und muss mit allen legalen Mitteln verhindert werden.

Manfred Kirsch, Neuwied

### Im November könnte die Vernunft einkehren

Wir alle wissen nicht, was der „Durchschnittsamerikaner“ so denkt. Klar ist aber, was man sich in den letzten Monaten in den USA auch gefragt hatte: „Haben wir denn außer zwei alten Männern niemanden, der Präsident werden könnte?“

Viele hätten ja offensichtlich nur deswegen Biden gewählt, um Trump zu verhindern. Jetzt ist es auf Kamala Harris zuge-

kommen, auch wenn es eventuell ein bisschen Bedenken gibt. Einige ihrer Konkurrenten haben bereits abgewinkt und ihre Unterstützung zugesagt, die Geldersprudeln wieder, was nicht ganz unwichtig ist, und die Demokraten können sich ein wochenlanges Gezerre um ihren neuen Kandidaten gar nicht leisten, wenn sie überhaupt noch eine Chance haben wollen.

Trump ist jetzt der einzige „alte Mann“ geblieben, es gibt also für die Wähler eine Alternative. Trump wirft bereits mit „Dreck und Lügen gegen Kamala Harris um sich, was zeigt, er ist sich nicht mehr so sicher, dass die Amerikaner ihn als den „Gottesgesandten“ und einzigen Retter Amerikas“ sehen.

Ein bisschen Hoffnung ist jetzt schon gegeben, dass im November die Vernunft einkehren werde in den USA.

Rainer Prosik, Hattenhofen

### Man kann nur auf die Demokraten hoffen

Donald Trump hat es offensichtlich geschafft, die republikanische Partei in eine Sekte nach seinem Gusto zu verwandeln. Sie folgen ihm, egal welchen nachweisbaren Unsinn er auch verbreitet. Bei der Präsidentschaftswahl am 5.11.24 kann man nur auf die Demokraten hoffen.

Kamala Harris ist sicher intellektuell in der Lage Donald Trumps „antidemokratisches Lügengeflecht“ zu entlarven und eigene zukunftsweisende Konzepte, auch für die jüngere Generation, zu entwickeln. Noch ist es nicht zu spät, aber die Zeit drängt.“

Dieter Obst, Wiesbaden

**Diskussion:** [frblog.de/trump-attentat](http://frblog.de/trump-attentat)

## Wo leben wir denn?

Zu: „Ungleichheit bekämpfen“, FR-Politik vom 24. Juli

Den Vorschlägen, mit einer Millionärsteuer die stetig wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft zu bekämpfen, muss man, sofern man sich zu um eine gerechte Welt sorgenden Menschen zählt, volle Zustimmung erteilen. Doch diese Vorschläge dürften in absehbarer Zeit leider kaum realisierbar sein. Entsprechende Mehrheiten in den Parlamenten und vor allem in den Regierungen werden sich kaum finden. Allein in unserem sich demokratisch nennenden Deutschland, wo eine Bevölkerungsmehrheit erwiesenermaßen eine Reichensteuer befürwortet, stoßen sämtliche Vorschläge durch eine gerechtere Steuerpolitik für eine Bekämpfung der Ungleichheit nicht nur auf taube Ohren, sondern auf strikte Ablehnung, insbesondere bei dem sich liberal schimpfenden Finanzminister Lindner, jedoch auch bei den Pseudochristen der Unionsparteien.

Seltsamerweise erschien auf derselben Seite der FR vom 24. Juli der Beitrag „Oliver Blume toppt alle“, in dem es beispiels-

weise hieß, Blume erhalte 282 79,45 Euro pro Tag (!). Einen derart hohen Betrag erhalten viele nicht mal im Jahr. Man muss man sich fragen, in welcher Gesellschaft wir leben. Die Hinweise auf derartige Einkommen müssen doch normalen Beschäftigten dieser Konzerne, die sich abrackern und um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze fürchten müssen, wie blanker Hohn vorkommen. Aus welchen Gründen verdient ein Vorstandsvorsitzender im Gegensatz zu seinen Beschäftigten ein derart hohes Einkommen wirklich?

Wenn es heißt, die Börsenkurse hätten trotzdem zugelegt, kann es wohl um den angeblich gefährdeten Wirtschaftsstandort nicht so schlecht bestellt sein. Aber angesichts der beschriebenen Ungleichheit in unserer Gesellschaft nimmt es nicht Wunder, dass viele bei den Wahlen irrtümlich glauben, deshalb den Rechtsextremisten ihre Stimme geben zu müssen, während diese die Reichen schonen und den Armen das Wenige wegnehmen wollen. Peter Boettel, Göppingen

## Ältere sind abgehängt

Zu: „Digitalisierung grenzt aus“, FR-Region vom 23. Juli

Der Feststellung des VdK Hessen ist zuzustimmen: Viele ältere Menschen sind von der „Online-Anwendung“ ausgeschlossen, weil sie sich z.B. den Computer und Drucker-Aufwand nicht leisten können. Nach einer Umfrage des Medienpädagogischen Forschungsverbunds haben Menschen ab dem 80. Lebensjahr nur 55 Prozent Internet und 41 Prozent ein Smartphone. Ihre Kommunikation ist erheblich eingeschränkt. Sie sind von der technologischen Entwicklung „abgehängt“. Für sie gibt es weder Übergangsregelungen noch Unterstützung. Das schränkt die Lebensqualität ein. Dazu gehört auch der drastische Abbau von Dienstleistungsstellen wie Post, Postbank, Telefonzellen und Briefkästen. Für alte und behinderte Menschen eine Katastrophe. Öffentliche Dienstleistungen sind durch die Privatisierung dieser Einrichtungen abhanden gekommen.

Eberhard Bacher, Frankfurt